

Diplomatischer Deckmantel

Am 8. September vor 100 Jahren wurde Deutschland Mitglied des Völkerbundes. Insgeheim drang man in Weimar aber auch auf Revision der Nachkriegsordnung

Von Manfred Weißbecker

Nach dem Ersten Weltkrieg hatte es zu den wichtigsten außenpolitischen Zielen deutscher Regierungen gehört, in den im Januar 1920 neu gegründeten Völkerbund aufgenommen zu werden. Laut dessen Gründungsdokumenten sollten die beteiligten Länder »gemeinsam« die Mittel zum Schutz ihrer Völker vor der Geißel des Krieges suchen und für die »friedliche Regelung von Streitigkeiten jeglicher Art« sorgen. Das große Interesse sowohl der Gewinner als auch der Verlierer des Weltkrieges demonstrierte, wie stark sich das Denken und Hoffen der Menschen in aller Welt an dem Appell »Nie wieder Krieg!« ausrichtete.

Schon im Mai 1919 war den in Paris tagenden westlichen Mächten offiziell ein »Deutscher Völkerbundentwurf« überreicht worden. Er fand keine Beachtung, der Bund entstand und wirkte zunächst ohne deutsche Mitwirkung. Er konnte sogar als Teil einer gegen das Deutsche Reich betriebenen Politik betrachtet werden. Auch ein am 8. Februar 1926 gestellter Aufnahmeantrag scheiterte noch. Allerdings ging es zu dem Zeitpunkt schon nicht mehr um eine grundsätzliche Ablehnung, sondern nur noch um Detailfragen. Die Westmächte klärten sie rasch und im Sinne der deutschen Wünsche. Am 8. September 1926 beschloss die Völkerbundversammlung, Deutschland sowohl in ihre Reihen aufzunehmen als auch den verlangten Sitz im führenden Rat zu gewähren.

Kurze Entspannungspolitik

Zwei Tage darauf wurde in Genf die deutsche Delegation mit Außenminister Gustav Stresemann an der Spitze offiziell begrüßt. Man feierte lautstark das Ereignis und sprach von einem »Markstein der Völkerverständigung«. Es hieß auch, nunmehr sei ein »Schlussstrich« unter eine lange Periode von Konflikten und Kriegen gezogen worden. Der deutsche Staatsmann glänzte mit einer begeistert aufgenommenen Rede – es könne nicht Sinn der göttlichen Weltordnung sein, »dass die Menschen ihre nationalen Höchstleistungen gegeneinander kehren und damit die allgemeine Kulturentwicklung immer wieder zurückwerfen«. Eine vielbeachtete Rede hielt auch der französische Außenminister Aristide Briand. Beide Politiker wurden dafür bereits drei Monate später mit dem Friedensnobelpreis geehrt.

Zielstrebigkeit, Beharrlichkeit und nicht zuletzt Stresemanns Politik des »Finassierens«, also des taktischen Kalküls und des Versuches, Gegensätze zwischen den Mächten in West und Ost auszunutzen, hatten sich ausgezahlt.

Für Deutschland schien damit die enge Bindung des Völkerbundes an das als schändlich betrachtete Friedensvertragswerk von Versailles aufgelöst und ein wichtiger Schritt hin zum generellen Ziel – Revision der Nachkriegsordnung samt Auflagen für das Deutsche Reich – erreicht. Tatsächlich ging nach 1926 nicht mehr viel Zeit ins Land, bis sich alle wohlklingenden Friedensversprechungen als hohl erwiesen, bis man den Völkerbund vor allem für die eigene Wiederaufrüstung zu missbrauchen verstand.

Zweifellos konnte Mitte der 1920er Jahre eine Normalisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen in Europa erreicht werden. Entkrampft hatte sich insbesondere das deutsch-französische Verhältnis. Dank der Akzeptanz der neuen Grenzen und des erklärten Willens, eigene Interessen mit denen anderer Länder zusammenzudenken, boten sich auch dem internationalen Handel neue Chancen und wurden nicht zuletzt Abrüstungsverhandlungen ermöglicht. Immerhin folgte bereits 1928 der sogenannte Briand-Kellogg-Pakt, mit dem der Krieg als Mittel der Politik geächtet wurde.

Dennoch war das Scheitern des Völkerbundes vorhersehbar. Alle Vereinbarungen, die 1925 bereits zum Locarno-Pakt, zur Anerkennung der deutsch-französischen Grenzen sowie zur Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund geführt hatten, bezogen sich allein auf Westeuropa. Der Osten des Kontinents sah sich ausgeklammert. Allgemeinen Beteuerungen folgten lediglich selektive Regelungen. Konkrete friedenserhaltende Ideen und Maßnahmen wurden durch zahlreiche Klauseln und verschiedene Interpretationsmöglichkeiten der Organisation behindert.

Anders als verkündet oder von vielen Pazifisten gedacht, verknüpften führende Politiker der Weimarer Republik den Beitritt zum Völkerbund mit dem nur langfristig erreichbaren Ziel einer grundlegenden Revision der Ergebnisse des Weltkrieges. Um dies gewährleisten zu können, folgten sie dem Motto, »halbe« Wahrheiten auszusprechen, aber ihre grundsätzlichen Anliegen zu verschweigen. Letztere lassen sich indessen vielen damals geheimgehaltenen Dokumenten entnehmen, so zum Beispiel einer Aufzeichnung des Konsuls des Auswärtigen Amtes Walter Poensgen vom 12. Dezember 1925 oder dem berüchtigten Brief des Reichsaußenministers Gustav Stresemann an den Kronprinzen Wilhelm vom 7. September 1925. Deutlich wurde hier ausgesprochen, worum es den Herrschenden des Reiches tatsächlich ging: eine Revision des Versailler Vertrages und ein »Wiedererstarken Deutschlands«.

Nichts als »Papierfetzen«

Natürlich wurde nicht von »Krieg« und militärischer Wiedereroberung verllorener Gebiete geredet. Alles wurde bemäntelt als ein dem Frieden dienendes Ringen um deutsche Gleichberechtigung in der Abrüstungsfrage. Jene Ideale und Wertvorstellungen, die dem Frieden und der Entwicklung der »League of Nations« zu einem demokratischen Bund der Völker gegolten hatten, wurden revisionspolitischer Zweckmäßigkeit untergeordnet. Was in der Politik der »kleinen Schritte« erreicht werden konnte, entsprach zwar nicht den Forderungen konservativer, völkischer und faschistischer Kreise, deren Kritik durch den seit 1925 amtierenden Reichspräsidenten Paul von Hindenburg verstärkt wurde, der vom Völkerbund als »internationaler Quatschgesellschaft« sprach. Doch letztlich diente diese Politik auch ihren Interessen.

So blieben die wohlklingenden diplomatischen Phrasen größtenteils Lippenbekenntnisse. Sie entsprachen weder den Verhältnissen noch den Taten deutscher Regierungen. In Deutschland wurde aufgerüstet – heimlich, aber auch offen, wie beispielsweise durch den Bau neuer Kriegsschiffe. Hitler wetterte am Tag nach dem Beitritt vor SA-Truppen in München, deren Fahnen er »weihte«, gegen alle zustimmenden Reaktionen in Deutschland. Man »proste« hier dem Völkerbund zu und trinke mit den Feinden des Landes, doch der »narkotische Rausch des Augenblicks« werde rasch vergehen. Die Deutschen könnten »trotz aller List« auf diesem Wege nichts erreichen. Schon zwei Monate zuvor, am 4. Juli 1926, hatte er in Weimar verkündet, für die NSDAP seien die Nachkriegsgrenzen ungültig, und alle Verträge, die Deutschland seither geschlossen habe, seien »null und nichtig« und nichts anderes als »Papierfetzen, die einmal zerfetzt werden müssen«. Am 14. Oktober 1933 wurde die deutsche Mitgliedschaft im Völkerbund aufgekündigt und damit das Ende multilateraler Bemühungen um Sicherheit und Frieden sowie jener teils durchaus hehren Absichten seiner Gründer besiegelt.

Zu der Frage des Eintritts in den Völkerbund möchte ich folgendes bemerken: Die deutsche Außenpolitik hat nach meiner Auffassung für die nächste absehbare Zeit drei große Aufgaben.

Einmal die Lösung der Reparationsfrage in einem für Deutschland erträglichen Sinne und die Sicherung des Friedens, die die Voraussetzung für eine Wiedererstarkung Deutschlands ist.

Zweitens rechne ich dazu den Schutz der Auslandsdeutschen, jener 10–12 Millionen Stammesgenossen, die jetzt unter fremdem Joch in fremden Ländern leben.

Die dritte große Aufgabe ist die Korrektur der Ostgrenzen: die Wiedergewinnung von Danzig, vom polnischen Korridor und eine Korrektur der Grenze in Oberschlesien.

Im Hintergrund steht der Anschluss von Deutsch-Österreich, obwohl ich mir sehr klar darüber bin, dass dieser Anschluss nicht nur Vorteile für Deutschland bringt, sondern das Problem des Deutschen Reichs sehr kompliziert. Wollen wir diese Ziele erreichen, so müssen wir uns aber auch auf diese Aufgaben konzentrieren. (...)

Die Bedenken, dass wir im Völkerbund überstimmt werden, gehen von der falschen Voraussetzung aus, dass es in diesem Völkerbundsrat, der die Entscheidung hat, eine Überstimmung gibt. Die Beschlüsse des Völkerbundsrats müssen einstimmig gefasst werden. Deutschlands ständiger Sitz im Völkerbundsrat ist ihm zugesichert. Wenn wir jetzt im Völkerbundsrat wären, würde Polen in Danzig in der Frage der Post nicht durchkommen, weil der Einspruch des deutschen Vertreters genügen würde, um diesen Anspruch zurückzuweisen.

→ Aus: Brief Gustav Stresemanns an den Kronprinzen Wilhelm von Preußen, 7.9.1925, in: Reinhard Opitz (Hg.): Europastrategien des deutschen Kapitals 1900–1945, S. 507

Ziel: Wiedererstarken Deutschlands

<https://www.jungewelt.de/artikel/529253.internationale-organisationen-diplomatischer-deckmantel.html>